



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Ruth Müller, Bernhard Roos, Johanna Werner-Mugendorfer** und **Fraktion (SPD)**

### **Kommunen nicht alleine lassen – tragfähige und faire Lösung für sogenannte Fehlbeleger finden!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, umgehend Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden aufzunehmen, um eine tragfähige und für beide Seiten – Kommunen wie Freistaat Bayern – faire Lösung zur Unterbringung anerkannter Geflüchteter zu finden.

In diesem Sinne hat der Freistaat Bayern endlich seiner politischen Verantwortung gerecht zu werden, um die aktuell einseitige Belastung der Kommunen schnellstmöglich zu beenden.

### **Begründung:**

In den vergangenen Tagen haben immer mehr bayerische Kommunen die Staatsregierung massiv dafür kritisiert, dass sie die Verantwortung für die Unterbringung anerkannter Asylbewerberinnen und Asylbewerber einseitig auf die Kommunen abschiebt. Insbesondere bricht die Staatsregierung dabei ihre bereits mehrfach gegebene Zusage, zu verhindern, dass sog. Fehlbeleger in Obdachlosigkeit geraten. Stattdessen forderte die Staatsministerin Emilia Müller, die kommunalen Spitzenverbände Anfang Mai 2017 auf, Wohnraum zu schaffen, damit die anerkannten Flüchtlinge aus den staatlichen Unterkünften ausziehen könnten. Hierzu fehlen den Kommunen aber im Wesentlichen sowohl die finanziellen als auch die rechtlichen Voraussetzungen.

Bayernweit gibt es nach Schätzungen des Sozialministeriums rund 33.000 „Fehlbeleger“, ihre Zahl steigt dramatisch an. Wenn Sozialministerin Emilia Müller vor diesem Hintergrund erklärt, „unsere gemeinsame Grundlinie muss sein: Anerkannte Flüchtlinge sind Gemeindebürger, leben vor Ort in der Gemeinschaft, wurden dort integriert und brauchen dort Wohnraum“, dann stellt dies einen in keiner Weise zu akzeptierenden Versuch dar, die ohnehin schon stark belasteten Kommunen auch in dieser Frage auf sich alleine zu stellen.

Dabei hatten die kommunalen Spitzenverbände in den zurückliegenden Monaten in immer lauter werdenden Appellen an die Staatsregierung betont, dass sie die Aufgaben, die im Zusammenhang mit der Unterbringung und Integration von Geflüchteten stehen, nicht alleine schultern können. So beklagte Städtetagspräsident Ulrich Maly, die Staatsregierung stelle sich „gegenüber kommunalen Forderungen taub“. Gerhard Jauernig, Verbandsvorsitzender der kreisangehörigen Städte in Schwaben, betonte: „Die Situation ist dramatisch und birgt enormen sozialen Sprengstoff.“, und Gemeindeflagspräsident Uwe Brandl warnte, die Gemeinden und Städte kämen „an das Ende ihrer Möglichkeiten“. Derlei Einschätzungen werden von einem Großteil der bayerischen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker parteiübergreifend geteilt. Die Staatsregierung hat deshalb umgehend Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden aufzunehmen, um eine tragfähige und für beide Seiten faire Lösung zur Unterbringung anerkannter Geflüchteter zu finden.